

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit dem Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Sennen-Blatt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für Monat März 25.— Pfg., im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung stehen für Deutschland, Dänisch, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Ostpreußens 50.— Pfg., für das übrige Ausland 77.— Pfg. Druckerei, Expedition und Verlag: Berlin O 2, Breite Straße 4-6

Die abendpolitische Nonpareilbeilage oder deren Raum kostet 10.— Pfg. eine schließlich unterzeichnete. Kleine Anzeigen: Das für die Druckerei des Monats 2,50 Pfg., jedes weitere Wort 1,75 einschließlich des ersten Wortes. Langere Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 7.— Pfg. Wort netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letzte gebrauchte Wort 2.— Pfg., jedes weitere Wort 1,50 Pfg.

Verneamtlicher Zentrums 152 30—152 30

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Lenins Rede auf dem Parteitag

##### Gegen die Opposition

Moskau, 31. März.

In der Rede, die Lenin auf dem Parteitag der russischen Kommunisten hielt, führte er aus: Wir haben die alten bürgerlichen Wege verlassen, aber noch nicht eigene Wege betreten. Es mangelt uns nicht an Macht, richtige Mittel stehen uns zur Verfügung. Wir müssen aber lernen, so zu handeln, daß der Staat so funktioniert, wie wir es wollen. Dies ist bis heute nicht der Fall. Wir müssen die Staatsmaschine regieren lernen. Die Hauptaufgabe des Zentralkomitees hat in der Umgruppierung der Kräfte nach geordnetem Rückzug bestanden. Es muß in entschiedener Weise gegen jede Panikstimmung angelämpft werden. Das Hervortreten der sogenannten Arbeiteropposition war eine typische Panikererscheinung, wie sie bei jedem Rückzuge vorkommt. Unerbittlich muß man gegen die Verbreiter der Panikstimulierung, die Menschewiken sein. Nachdem wir mit den Kapitalisten bis zu einem gewissen Punkt gekommen sind, über den hinaus wir nicht weiter gehen werden, bleibt die Hauptaufgabe das Bündnis zwischen Arbeiter- und Bauernschaft. Dazu ist die gesamte politische und wirtschaftliche Macht in ihren Händen. Allerdings macht sich hier der Mangel an Kultur fühlbar. Die Bourgeoisie ist zwar besiegelt, ihre Kultur ist wohl nicht und schlecht, doch sie ist vermöge ihrer Fähigkeit der proletarischen Kultur überlegen und noch immer in der Lage, Kommunisten, welche an verantwortlicher Stelle stehen, aufzufangen.

Trotzdem, fuhr Lenin fort, haben wir keinen Grund zur Verzweiflung. Die Kommunisten Russlands haben als erste eine Presse in das kommunistische System geschlagen und den ersten Sowjetstaat aufgebaut. Es ist ganz natürlich, daß nicht alles gleich klappte. Auch die erste Maschine, die erste Lokomotive war nicht gleich vollkommen. Die wichtigsten Stappen sind schon zurückgelegt. Im Jahre 1917 ist Russland aus dem reaktionären Kriege ausgehoben. 1918 wurde die Frage Konstituante oder Sowjetmacht zugunsten der Sowjetmacht entschieden. In den Jahren 1919—1920 mußten

wir uns der feindlichen Überfälle erwehren, um dann 1921 einen geordneten Rückzug antreten zu können. Die Aufgabe von 1922 ist die Revision und Ausführung der zu verwirklichtenden Pläne und staatsnotwendigen Aufgaben, die Auswahl der passenden Leute. Hier wies Lenin darauf hin, daß es notwendig sei, das Verhältnis zwischen der kommunistischen Partei und den Sowjetorganen neu zu regeln. Auch die obersten Sowjetorgane müssen von den Kommissionen gereinigt werden, bei deren Revision sich der größte Teil als überflüssig erwies. Die Konferenzen der Wirtschaftskämter sollen erweitert werden und die Sessionen des Zentralkomitees häufiger stattfinden.

Nach der Rede Lenins referierte Molotow über die organisatorische Tätigkeit des Zentralkomitees. Er teilte mit, daß die kommunistische Partei heute aus 500 000 Mitgliedern bestehe, gegenüber 639 000 vor der „Reinigung“, durch die eine Stärkung des proletarischen Elements in der Partei erzielt worden sei. In der Diskussion, die den beiden Referaten folgte, verlangten Miljutin und andere im Falle der Einstellung des wirtschaftlichen Rückzuges, von der Lenin gesprochen hatte, die Rückkehr zum Prinzip der staatlichen Versorgung und der planmäßigen Wirtschaftsführung in der Großindustrie. Trotzki besprach das Verhältnis zwischen der kommunistischen Partei und den Sowjets und verwies auf die Bedeutung der Ausbildung der jungen Generation. Eine Resolution, welche die politischen Richtlinien des Zentralkomitees billigt, gelangte bei vier Stimmenmehrheit zur Annahme.

Darauf entspann sich eine lebhafte Debatte über die Erklärung, die von 28 Mitgliedern der „Arbeiteropposition“ der erweiterten Sitzung der Exekutivkommission der kommunistischen Internationale überreicht worden war und heftige Klagen über die offizielle Politik der Bolschewiki enthielt. An der Diskussion hierüber beteiligten sich unter anderen Rjasanow und Schlapnikow.

Schließlich wurde diese Angelegenheit einer besonderen Kommission überwiesen.

#### Krisis der Kommunalpolitik

Der Vorfall in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung hat in der kommunalpolitischen Vertretung unserer Partei einen Gegenstand offenbart, der zwar schon lange besteht, aber bisher innerhalb der Partei ausgeblieben wurde. Bevor nun über diesen Gegenstand unkontrollierbare Gerüchte entstehen, sei an dieser Stelle der Versuch gemacht, mit der größtmöglichen Objektivität beide Auffassungen darzulegen.

Im Grunde hängt diese Krisis unserer kommunalpolitischen Vertretung innerlich zusammen mit den anderen Krisen, die in der Reichstagsfraktion und zwischen der „Freiheit“-Redaktion und der Parteizentrale aufgetreten sind. Es handelt sich um die völlig neue Situation, in der sich die Arbeiterbewegung im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriege befindet, die die Arbeiterklasse vor ganz neue Aufgaben stellt. Wie in den Ländern und dem Reich, so war die Arbeiterschaft auch in den Gemeinden vor dem Kriege von jeder praktischen Einwirkung auf die tatsächlichen Verhältnisse so gut wie vollständig ausgeschaltet. Das Dreiklassenwahlrecht, das in den meisten Gemeinden bestand, sicherte dem Hausbesitz und anderen besitzenden Schichten die bedingungslose Vorherrschaft in den Kommunen, so daß die Arbeiterschaft, wenn sie unter äußerster Anspannung aller Kräfte überhaupt in die Gemeindeparlamente eindringen konnte, nur eine hoffnungslose oppositionelle Minderheit bildete.

Das ist nach der Revolution vollkommen anders geworden. Durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Angehörige beider Geschlechter über 20 Jahre erfuhren die Gemeindeparlamente eine ganz neue Zusammenfassung. Entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerungsziffer errang die Arbeiterschaft in vielen Gemeinden die Mehrheit, so daß sie nicht nur in den Stadtverordnetenversammlungen entscheidend war, sondern auch bei der Bildung der Magistratrat nicht mehr ausgeschaltet werden konnte.

Damit begann für die Arbeiterbewegung ein neuer Weg voller Schwierigkeiten. Die rückwärtslose Kriegswirtschaft der kaiserlichen Regierung hatte nicht nur das Reich finanziell und politisch dem völligen Ruin entgegengeführt, sondern sie hatte auch alle gesunden Grundlagen der Gemeindefinanzen vollständig zerstört. Während des Krieges war die Sorge für die Ernährungswirtschaft vollständig den Gemeinden aufgebürdet worden, das ganze Rationierungssystem und die damit verbundenen enormen Ausgaben belasteten ausschließlich die Gemeinden. Weiter bildete man den Gemeinden den größten Teil der Ausgaben für die Kriegsunterstützungen auf, die zwar später vom Reich zurückgestellt werden sollten, die aber für die Kriegsjahre natürlich eine völlige Verschuldung der Gemeinden verursachten. Nun hätte das Reich am Ende des Friedens ganz sicher seinen Verpflichtungen gegenüber den Gemeinden nachkommen können, wenn es selbst dazu in der Lage gewesen wäre. Indessen hatte die wahnsinnige Kriegsfinanzpolitik der kaiserlichen Regierung die denkbar gründlichste Arbeit geleistet; da die deutschen Finanzen während des Krieges nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach militärischen Gesichtspunkten geleitet wurden, sah sich das Reich am Ende des Krieges gezwungen, alle nur möglichen Einnahmequellen für sich in Anspruch zu nehmen. Infolgedessen belegte das Reich die Einkommensteuer mit Beschlag und nahm den Gemeinden die wichtigste Einnahmequelle. Das hatte nicht nur die schwersten finanziellen Folgen, sondern bedeutete auch einen tiefen Einschnitt in die Selbstverwaltung der Gemeinden.

In dieser vollständig verfahrenen Situation, bei zerrütteten Finanzverhältnissen, fortschreitender Geldentwertung, steigender Not der Bevölkerung und eingegengter Selbstverwaltung mußten die neuen sozialistischen Kommunalverwaltungen ihre Arbeit aufnehmen. Würdigt man diese Voraussetzungen, unter denen die erste praktische sozialistische Arbeit in den Kommunen beginnen mußte, so erklären sich auch viele Fehlschläge und Schwierigkeiten sozialistischer Stadtverwaltungen. Alles, was bisher über die Kommunalpolitik gesagt wurde, gilt aber bei der Größe des Gemeinwesens in ganz besonderem Maße für Berlin.

Noch heute haben die Finanzen Berlins unter den Folgen des Krieges schwer zu leiden. Dazu kommt, daß während des Krieges in allen Werken Raubbau getrieben worden ist; die Straßenbahn ist während des Krieges derartig vernachlässigt worden, daß es wahrscheinlich der Arbeit von Jahrzehnten bedarf, um dieses Unternehmen wieder auf den Friedensstand zu

#### Russische Besorgnisse wegen Genua

London, 31. März.

Dichtschewin erklärte in einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ in Genua, er sei sehr beunruhigt über die Haltung der italienischen Regierung. Wenn die russische Delegation nicht in Genua, sondern 20 Meilen davon entfernt in Nappallo untergebracht werde, so müsse sie jeden Tag in Automobilen auf der einzigen Verbindungsstraße zwischen Nappallo und Genua, die besonders für Nordanschläge geeignet sei, nach Genua fahren. Angesichts der Drohungen die bereits durch Sawinkow und die russischen Monarchisten ausgesprochen worden seien, würde es vielleicht für die Sowjetdelegation unmöglich sein nach Genua zu gehen, wenn sie täglich auf der Straße Nappallo—Genua Spießrutenlaufen müsse. Litwinow erklärte in einer Unterredung mit demselben Berichterstatter, gewisse Berichte über die Vorkonferenz der Sachverständigen in London, die in der französischen Presse veröffentlicht wurden, seien nicht ermutigend für den Erfolg der Konferenz. Es werde aufcheinend immer noch versucht, die Angelegenheiten Russlands zu regeln, ohne den Herrn des Hauses zu befragen.

#### Die Anleihe für Deutschland

##### Vorbereitende Beratungen.

Paris, 30. März.

Zu dem gestrigen Beschluß der Reparationskommission betr. die Einsetzung eines internationalen Ausschusses, der die Möglichkeit von Bedingungen einer von Deutschland aufzunehmenden internationalen Anleihe zu Reparationszwecken zu prüfen hat, bemerkt „Le Temps“ in seinem Leitartikel, der Urheber des Planes sei John Bradburn. Der Ausschuss solle den belgischen Delegierten bei der Reparationskommission de la Croix zum Vorsitzenden und den zweiten italienischen Delegierten in der Reparationskommission d'Almeglio zum stellvertretenden Vorsitzenden haben. Es würden beigeordnet ein Vertreter der deutschen Regierung und vier finanzsachverständige Mitglieder, ein Amerikaner, ein Engländer, ein Franzose und ein Holländer (sowie auch ein Schweizer). Der Gegenstand des Berichtes, den dieser Ausschuss der Reparationskommission vorlegen soll, sei in folgenden drei Fragen zusammenzufassen: 1. Zu welchen Bedingungen könne Deutschland auf den Hauptfinanzmärkten der Welt Anleihen aufnehmen,

deren Erträge zum teilweisen Rücklauf der Reparationsschuld verwendet würden und welche Summe könnte es in vernünftiger Weise während der kommenden fünf Jahre sich zu verschaffen hoffen? 2. Welche Garantie könnte man den etwaigen Geldgebern anbieten, ohne die spätere Zahlung derjenigen Summen ungebührlich zu gefährden, die Deutschland als Reparationsschuld schuldet? 3. Wie müssen die Einnahmen und die anderen Aktiven, die für den Dienst der Anleihen verwendet werden sollen, kontrolliert und verwaltet werden, und welche Beziehungen müssen zwischen der deutschen Regierung, den Vertretern der Geldgeber und der Reparationskommission bestehen?

#### Die oberschlesische Autonomie

Breslau, 31. März.

Die „Schlesische Volkszeitung“ veröffentlicht eine in Neuschadt von den Vertrauensmännern der oberschlesischen Zentrumspartei gefasste Entschliessung, die mit großem Nachdruck eine Abstimmung über die Autonomie Oberschlesiens, wie sie durch Reichsgesetz und Regierungserklärung gewährleistet sei, verlangt. Die Partei will sich für die Autonomie einsetzen, um eine Wiederkehr früherer politischer Fehler zu verhindern, erstrebt aber einen möglichst engen Anschluß an das Reich. Es sei mit der Parteidisziplin unvereinbar, daß Mitglieder in gegenwärtigen Organisationen gegen die Autonomie arbeiten.

Oberschlesien ist, nachdem große Teile an Polen gefallen sind, als selbständiger Bundesstaat nicht lebensfähig. Die Schaffung von neuen Zwergländern dient aber auch nicht den Interessen der Gesamtheit des Reiches. Es wird lediglich ein neuer Behördenapparat geschaffen, der die Verwaltung kompliziert und Ausgaben verursacht, die mit der finanziellen Schwierigkeit des Reiches in schriller Disharmonie stehen. Gewiß habe die republikanische Regierung in der Behandlung der oberschlesischen Bevölkerung viele Fehler gemacht, mindestens ebensoviele Fehler wie die alte kaiserliche Regierung. Das hat sich denn bei der Abstimmung bitter gerächt. Diese Fehler dürfen unter keinen Umständen wiederholt werden. Das Zentrum kann dabei auch im Interesse der oberschlesischen Bevölkerung tatkräftig mitwirken. Es braucht nur mit Entschiedenheit für eine fortschrittliche soziale Reichspolitik einzutreten und für eine von wirklich demokratischen Gesichtspunkten getragene Landes- und Verwaltungspolitik.

bringen. Für die finanzielle Lage Berlins und seiner Betriebe kommt weiter hinzu, daß die städtischen Arbeiter wie die ganze Arbeiterschaft durch den Krieg körperlich bis zum äußersten heruntergewirtschaftet wurde und heute, bei der immer noch steigenden Not und der mangelhaften Ernährung, nur sehr vermindert leistungsfähig ist. Fügt man diesen Schwierigkeiten noch die neuen Aufgaben hinzu, die der Berliner Kommunalverwaltung durch die neu zu bildende Einheitsgemeinde erwachsen, so ergibt sich insgesamt für den sozialistischen Magistrat eine Aufgabe von so gigantischer Größe, daß der ganze Mut, das ganze Zielbewußtsein und die ganze Ueberzeugungstreue des Sozialisten dazu gehört, unter all diesen Widerwärtigkeiten der Gegenwart eine solche Aufgabe im Interesse der arbeitenden Bevölkerung überhaupt in Angriff zu nehmen.

Von dem besten und unermüdeten Willen, diese Riesenaufgabe zu lösen, sind beide Auffassungen unserer Rathhausfraktion getragen. Es handelt sich nur um die Wege, die zur Lösung der Aufgaben beschritten werden sollen. Dabei ist es ganz natürlich und psychologisch vollkommen begreiflich, daß sich für den, der gegenüber der Arbeiterschaft und, als Kommunalbeamter, gegenüber der gesamten Einwohnererschaft für bestimmte Teile dieser Verwaltung die Verantwortung trägt, die Dinge etwas anders darstellen, als für den, der nur dem kontrollierenden Gemeinderat angehört und in erster Linie die unmittelbaren Interessen seiner Wählerschaft zu vertreten hat. Hier liegt nach unserer Auffassung der Gegensatz in den Meinungen begründet. Unsere Magistratsmitglieder müssen, wenn es überhaupt einen Sinn haben soll, im Magistrat mitzuarbeiten, voll ihre Pflicht als die obersten Kommunalbeamten erfüllen. Es ist selbstverständlich, daß sie bei dieser Pflichterfüllung von ihrer grundsätzlichen sozialistischen Auffassung ausgehen haben. Diese doppelte Stellung als Sozialist und als Kommunalbeamter erfordert ein weit größeres Maß von Verantwortung, als die Tätigkeit im Stadtparlament. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die Tätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung ohne jede Verantwortung vor sich gehen könne. Eine weitere Folge der Tätigkeit als Stadtrat ist ganz natürlich die Erkenntnis der Grenzen, die selbst den sozialistischen Vorwärtstreben durch die tatsächlichen Machtverhältnisse in der Kommune gesteckt sind. Diese Grenzen treten für den, der nur im Stadtparlament tätig ist, nicht so deutlich hervor, weil diese Grenzen nicht nur in dem Stimmenverhältnis bei den Abstimmungen ihren Ausdruck finden. Es sind dem kommunalpolitischen Wirken auch der sozialistischen Stadträte Grenzen finanzieller und juristischer Natur gesetzt, deren Aufhebung nicht in der Macht der Kommune liegt.

Dieser ungewöhnlich schwierigen Aufgabe der Stadträte steht die Arbeit des Stadtverordneten gegenüber. Die Stadtverordneten verdanken ihr Mandat einem Wahlkampf, in dem gewöhnlich von allen Seiten dasjenige, was in der Kommune erreicht werden kann, sehr viel rofiger ausgemalt wird, als es nachher die Tatsachen zulassen. Nun ist es die Aufgabe der Stadtverordneten, die Interessen ihrer Wählerschaft die Lebenshaltung der Arbeiterklasse sehr erschwert, wenn fortgesetzt die Tarife erhöht werden. Also ist es nur natürlich, wenn die Stadtverordneten auch unserer Fraktion diesen Tarifierhöhungen nur nach der reiflichsten Ueberlegung zustimmen können.

Hier beginnt aber die Krise in der Kommunalpolitik. Es ist die Frage, vor die auch unsere Partei immer wieder gestellt wird, ob es nicht über diesen unmittelbaren Lebensinteressen in der Gestaltung des ganzen Schicksals der Kommune noch höhere Interessen gibt, die nicht nur von den an verantwortlicher Stelle stehenden Beauftragten

der Arbeiterschaft, den sozialistischen Stadträten, sondern auch von den Stadtverordneten verfolgt werden müssen. Dieser Gegensatz der Auffassungen, der teilweise nicht aus einem persönlichen Gegensatz resultiert, sondern aus der Verschiedenheit der Stellung und Tätigkeit in der Kommune, hat in dem Vorfalle in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung einen ungewöhnlich drastischen Ausdruck gefunden. Es wird der angestrengtesten Arbeit im gemeinsamen wohlverstandenen Interesse der Arbeiterschaft innerhalb der Kommune bedürfen, um über diesen Gegensatz hinwegzukommen zu einer kommunalpolitisch, die ebenso wohl die unmittelbaren Lebensinteressen der Arbeiterbevölkerung, als auch die höheren Interessen der zukünftigen Gestaltung der Berliner Einheitsgemeinde verfolgt. Diese Verständigung ist gewiß erstrebenswert; allein sie darf unter keinen Umständen auf Kosten der Klarheit erfolgen!

### Das Attentat auf Miljukow

Der Kongress der russischen Monarchisten scheint trotz des Attentats auf Miljukow an seiner Weiterung nicht behindert worden zu sein. Jedenfalls meldet die Korrespondenz „Rupprek“, daß der Kongress am Tage nach dem Attentat eine Resolution angenommen habe, in der die versammelten Monarchisten ihre tiefe Empörung über „die sinnlose Ermordung des russischen Patrioten Rabokow“ zum Ausdruck bringen. Das Attentat könne der russischen Sache nur schaden. Weiter wird behauptet, daß die in Berlin zu einem Kongress versammelten russischen Monarchisten dem gemäßigten Flügel angehören, während die Attentäter zu den rechtsradikalen Gruppen gehören, die in München und Belgrad ihren Sitz haben.

Dieser Darlegung ist kein Glauben beizumessen. Tatsächlich waren auf dem Berliner Kongress nicht nur die gemäßigten, sondern auch die rechtsradikalen Gruppen vertreten. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß der albanische Kriegsheld Graf Revenilow auf dem Kongress vertreten war und dort einen Vortrag hielt. Revenilow aber ist einer der Verbindungsmänner, die die Beziehungen zwischen den deutschen und den russischen Monarchisten herstellen. Bemerkenswert ist weiter die Tatsache, daß einer der Attentäter Sekretär der „Deutsch-Russischen Gesellschaft“ in München war, die sich angeblich nur mit wirtschaftlichen Angelegenheiten befassen will, in Wirklichkeit aber nichts weiter ist, als eine Zentralfelle deutscher und russischer Monarchisten mit dem gemeinsamen Ziele der Wiederherstellung der Monarchie in Rußland und Deutschland. Die deutschen Monarchisten haben sich verpflichtet, den Russen in jeder Beziehung Beistand zu leisten und umgekehrt haben die Russen ihre talkräftige Unterstützung der deutschen monarchistischen Gegenrevolution zugesagt.

Auf alle Fälle muß endlich der Reichsanwalt aus seiner Reserve heraustreten und ein Verfahren wegen Hochverrats gegen die monarchistischen Verschwörerbanden einleiten.

### Ein würdiger Gelehrter

Was sich alles an deutschen Universitäten als Behrer herumtreibt, geht aus einer Anfrage hervor, die von den Rechtssozialisten im Landtage eingebracht worden ist. Darin werden folgende Angaben gemacht:

„In dem Rollen über die deutsche und preussische Verfassung, das Professor von Freitag-Vorlinghoven in dem Wintersemester 1921/22 auf der Universität in Breslau hielt, äußert er unter anderem folgende Ansichten:

„Die gegenwärtige Republik besteht zu Unrecht. In Wirklichkeit haben wir noch eine Monarchie; es fehlt lediglich der Monarch. Drei Gründe sind beweiskräftig dafür, daß die Republik nicht zu Recht besteht: 1. hat ein kaiserlicher Staatssekretär die Republik ausgerufen, was er in seiner Eigenschaft als Beamter nicht tun durfte, was vielmehr als Hochverrat anzusehen ist; 2. hat der Kaiser zwar als deutscher Kaiser, nicht jedoch gleichzeitig als König von Preußen ab-

gedankt, was auch nicht angängig ist, wie Prinz Max von Baden, der dies wohl mußte, ihm hätte sagen müssen; 3. hat Max von Baden als Reichskanzler Ebert zum Reichskanzler ernannt, was verfassungswidrig war. Daraus folgt auch, daß die Nationalversammlung zu Unrecht bestand und somit ihre sämtlichen Beschlüsse keine Gültigkeit haben.“

Weiter wird in der Anfrage ausgeführt: „Dieser Professor Baron Axel von Freitag-Vorlinghoven ist Ausländer aus dem Baltikum und dürfte ohne Zweifel einer der iaktigsten Ausländer sein. Während des Kapp-Putsch war er im Generalkommando in Breslau als rechte Hand des berühmten Freikorpsführers Oberleutnant von Ansoß tätig. Vor kurzem wurde dieser aus Rußland eingewanderte Universitätsprofessor, der in zahllosen Versammlungen und Zeitungsartikeln die Autorität der Reichs- und Staatsregierung durch wüste Angriffe herabsetzt, wegen Beleidigung zu 600 Mark Geldstrafe rechtskräftig verurteilt. Dabei sah das Gericht als strafverschärfend an, daß der Beleidigte ein Lehrer und Kreisdeputierter, den von Freitag-Vorlinghoven höhrend als „Ei Kanalgeruch“ wiederholt bezeichnete, sich in jeder Weise der Achtung seiner Mitbürger erzeigte und daß gerade er als Universitätsprofessor und Jugendbildner die Pflicht habe, sich wie ein verantwortlicher Mensch auszudrücken. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um dieser Verhöhnung durch einen Ausländer ein Ende zu bereiten?“

Diese Kennzeichnung des Staatsrechtslehrers“ erscheint uns treffend. Der Mann ist zwar Ausländer, aber die echten Teutichen werden ihn dennoch gern zu den ihrigen rechnen. Repräsentiert er doch eine der herrlichsten Blüten ihrer Stammkultur.

### Neue Kätregierung in München

Im bayerischen Landtag kam es am Donnerstag zu einer Aussprache über die Justiz. Ein Vertreter des Justizministeriums mußte zugeben, daß sich die sogenannten Volksgerichte nicht bewährt haben. Die vielen Mordtaten und Verbrechen der Monarchisten in Bayern, die bis heute ungeführt geblieben sind, veranlassen den Vertreter der Regierung zu der Erklärung, daß gegen alle beschuldigten Personen ein Verfahren „schwebt“, das noch nicht abgeschlossen sei.

Bei dem gegenwärtigen Regierungskurs in Bayern werden sich die Verfahren gegen deutschnationale Mörder und monarchistische Verbrecher ewig in der „Schwebel“ befinden. Jedenfalls konnte das Justizministerium keine positive Erklärung darüber abgeben, ob und wann überhaupt einmal ein Prozeß zur Sühnung wenigstens eines Verbrechens stattfinden wird. Dafür wurde um so bestiger gegen die Festungsgesangenen in Niederhohenfeld gehetzt. Der Regierungsvertreter trug wieder eine der üblichen Fabeln vor. Unter den Gefangenen zeige sich von neuem große Unruhe. Man hoffe auf die baldige Errichtung der Räterepublik. Ein Gefangener habe sogar schon das Regina Palast-Hotel in München als Sitz der Sowjetregierung in Aussicht genommen.

Wenn unter den Gefangenen Unruhe herrschen sollte, dann ist das durchaus begreiflich. An der Unruhe ist aber lediglich die bayerische Regierung schuld, die durch ihre Trabanten die Gefangenen wider Recht und Gesetz drangsalieren und schikanieren läßt.

### Kleine Nachrichten

Der Fall Bendiner. Dr. Max Bendiner hat an den Vorstand der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß er aus der Fraktion austrete und seine Kämter in der Sozialdemokratischen Partei niederlege. Dagegen verzichte er nicht auf sein Landtagsmandat, sondern werde es als „freier Sozialist“ weiterführen. Rechtlich bestehe keine Möglichkeit, einen Abgeordneten zur Niederlegung seines Mandats zu zwingen. Es gehört aber ein ziemliches Maß von Skrupellosigkeit dazu, wenn ein Abgeordneter nach einem solchen Fall sich noch für würdig hält, den Vertreter des Volkes zu spielen.

Internationaler Friedenskongress. Vom 25.-30. Juli wird in London ein internationaler Friedenskongress stattfinden.

## Arbeiter-Büchertisch

(erschint jeden zweiten Freitag)

### Oesterreichische Parteigeschichte

Eine Gemeinschaft gleichen Schicksals umschließt das deutsche und das österreicherische Proletariat. Das Grauen des Weltkrieges hat sie beide in derselben Weise überfallen; es mag zweifelhaft sein, ob die Hohenzollern oder die Habsburger das größte Maß an Schuld an dem Kriegsausbruch haben, aber kein Unterschied besteht zwischen dem Gland, in das die Arbeiterklasse der ehemaligen Donaumonarchie und des früheren Preußen-Deutschland gestürzt worden ist. Und nicht erst seit gestern und heute trägt das Proletariat beider Länder die gleiche Bürde: auch die Entwicklung der Arbeiterbewegung vor dem Kriege weist viele Ähnlichkeiten auf. Nichten auch die Regierungen von Berlin und Wien in diesem Daß oder in jüngerer Freundschaft zu einander stehen, in einem herrsche zwischen ihnen stets völlige Uebereinstimmung, in ihrem Widerstand gegen die Selbstbestimmung der Arbeiterklasse.

Unsere österreicherischen Genossen haben sich ein besonderes Verdienst um die internationale Arbeiterbewegung erworben, daß sie Ludwig Brägel die Gelegenheit gaben, eine Geschichte der österreicherischen Sozialdemokratie zu schreiben. Wenn wir uns vorstellen, welche Schwierigkeiten jetzt bei uns zu überwinden sind, ehe ein literarisches Werk größeren Ausmaßes an die Öffentlichkeit treten kann, so muß man um so mehr den Idealismus und die Opferwilligkeit unserer österreicherischen Genossen anerkennen, wie sie sich in der Herausgabe eines so umfangreichen Werks ohne Zweifel befanden. Brägel hat seine Parteigeschichte auf vier Bände angelegt, von denen der erste Band „Von Vormärz bis zum Wiener Hochverratsprozeß, Juli 1870“ kürzlich im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erschienen ist. Dieser Teil bringt ein außerordentlich reichhaltiges Material aus jener Zeit, wo noch bürgerlich-liberale Auffassungen mit der sozialistischen Gedankenwelt um die Seelen der Arbeiter rangen. Der Verfasser schildert die sozialistische und kommunistische Bewegung vor 1848 und führt die Darstellung der Ereignisse bis zum Jahre 1870 fort. In der Kindes- und Jugendzeit der österreicherischen Arbeiterbewegung können die gleichen Namen wie bei uns: Wilhelm Weitling und Ferdinand Lassalle, Marx und Engels, Bebel und Liebknecht haben auch an der Wiege der österreicherischen Sozialdemokratie gestanden. Und auch die Methoden, mit denen die geheiligte Ordnung der Bourgeoisie vor den heranbraufenden Wellen

der Arbeiterbewegung geschüttet werden sollten, gleichen einander auf ein Haar. In Oesterreich hatte man aus alter Erfahrung aus der Zeit der bürgerlichen Revolution noch gute Lehren darin. Die Verfassungsreform nach dem Kriege mit Preußen hatten dem Staat zwar ein liberales Aussehen gegeben, aber das Reaktionserbe aus der Metternichschen Zeit war noch zu frisch, als daß es nicht gegen die Arbeiterbewegung hätte angewendet werden sollen.

Sowohl wirtschaftlich wie politisch war Oesterreich bis in die neuere Zeit hinein ein rückständiges Land. In den sechziger und achtziger Jahren hatte die Industrie erst in einigen größeren Orten und wenigen besonders begünstigten Bezirken ihren Einzug gehalten, und diese ragten wie Lafer über das allgemeine Niveau hinaus. Hier konnte sich auch zuerst die moderne Arbeiterbewegung entwickeln. Die Lassallische Agitation wirkte in Oesterreich genau so stark wie im Reich. Aber auch die Ideenwelt des internationalen Sozialismus, deren Träger Marx und Engels waren, übten einen nachhaltigen Einfluß aus. Mit allen Mitteln ebenso sehr der Gewalt wie der List suchte die Regierung und die Burenkraute die nach Lust und Willkür drängenden Massen in ihren alten Ketten festzuhalten. Eine besonders schlimme Zeit für die österreicherische Sozialdemokratie waren die Jahre 1867-1872, in der die Bewegung an Breite und Tiefe besonders schnell zunahm. Mit den dümmsten Gründen wurden Versammlungen verboten, Festlichkeiten unterdrückt, Vereine aufgelöst, die Arbeiter scharenweise ins Gefängnis geworfen. Als der Wiener Ministerrat sich gelegentlich nicht willfährig genug erwies, griff „Seine apostolische Majestät“ Kaiser Franz Josef selbst ein und verordnete, daß „das Ministerium künftighin bei ähnlichen Anlässen schon im ersten Stadium energig auftritt“. Es ist selbstverständlich, daß sich die Herren Minister das nicht zweimal sagen ließen, und da die Gemeinamkeit der Ziele der Vertreter der hiesigen Arbeitervereine mit den Tendenzen und Bestrebungen der europäischen sozialen Demokratie offenkundig geworden“ seien, so müßten alle Versuche, die Arbeiterklasse selbständig zu organisieren, schon im Keim unterdrückt werden. Das Hauptziel aus dieser Verfolgungsaera war der große Wiener Hochverratsprozeß aus dem Jahre 1870, der nicht nur mit der Verurteilung einer Reihe von Sozialdemokraten endete, sondern außerdem noch die Gelegenheit gab, sämtliche Arbeitervereine aufzulösen. Das alles hat freilich die weitere Ausbreitung der Bewegung nicht hindern können. Die österreicherische Sozialdemokratie hat gerade aus den Kämpfen jener Zeit viel gelernt, und nach manchen Irrungen ist sie schließlich zu einem der bestorganisierten Teile des internationalen Sozialismus geworden.

Es wäre dringend zu wünschen, wenn die Geschichte der österreicherischen Sozialdemokratie auch von den reichsdeutschen Arbeitern eifrig gelesen würde. Besonders die jüngere Generation könnte daraus lernen, mit welcher Hingabe die Pioniere der Arbeiterbewegung schon in jenen früheren Zeiten für die Sache des Sozialismus gearbeitet haben. Ein gewaltiges Stück wirklicher revolutionärer Tätigkeit ist von ihnen entfaltet worden und unter wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, denen gegenüber manches von dem, was wir heute erleben, wie ein Kinderspiel erscheint.

E. P.

### Kriminalpsychologie

Karl Högel: Das Verbrechen als soziale Erscheinung. Mufationverlag, München, 91 S.

Die Menschen- und Selbsterkenntnis, die nicht zum geringen Teil das Wesen der russischen Literatur ausmacht, gibt auch diesem Büchlein Karl Högels, eines erfolgreichen Forschers des russischen Geisteslebens, das Gepräge. Der Verbrecher, ein sozial Kranker, der nur durch Einsicht, Milde und Liebe geheilt werden kann; das Verbrechen keine Schande, gleich jeder anderen Krankheit nicht verabscheuungswürdig, sondern heilungsbedürftig — das ist das Leitmotiv der Schrift. So fällt auch hier das Wort, das den Grundunterschied des Verhaltens der russischen Psyche zum Verbrecher im Vergleich zur westeuropäischen Einstellung kennzeichnet: der Verbrecher — ein unglücklicher. Weil das eben bis heute noch nicht erkannt ist, weiß man von dem Innenleben des Verbrechers noch so wenig. Hier war das Erkenntnisvermögen durch eine ungerechtfertigte Mißachtung behindert. Hier bedarf es erst des Mitlebens, des Mitleidens, der Liebe zum Menschen, um das Problem zu klären.

Durch solche Werke, wie die bekannte Schrift des früheren Staatsanwalts Dr. Erich Wulffen „Der Verbrecher“, oder durch die vorliegende Schrift Högels, wird der Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung erbracht. Mit tiefgründiger Sachlichkeit und zugleich originell in den Gedankenansätzen sind hier die schwerigsten strafrechtlichen Probleme aufgerollt und gelöst. Die sozialen Ursachen des Verbrechens werden in ihren mittelbaren und unmittelbaren Wirkungen aufgedeckt. Es wird rücksichtslos die Maske von dem heuchlerischen Gebaren der Menschheit heruntergerissen, die sich das Recht zum Richterium über seine unglückliche Mitleidenschaft anmaßt, um so auf die letztere ihre eigene Mitleid und größere Schuld abzuwälzen. Die historischen und psychologischen Burgen der Sühne- und Abschreckungstheorie und auch der Todesstrafe werden entblößt, der



